

Hartzumfrage Netzwerk Grundeinkommen: Antworten Günter Sölken, Impuls Grundeinkommen, langjähriger Sprecher von Netzwerk Grundeinkommen, ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter der FDP-Fraktion im Bundestag.

1. Haben sich Ihre Erwartungen an die Hartz-Reformen bestätigt? Welche waren das?

Es ist weit schlimmer gekommen, als ich gedacht hätte. Das ist darauf zurückzuführen, dass die politisch Verantwortlichen vor dem, was sie mit dem ALG II angerichtet haben, bis heute die Augen verschließen. Vor allem davor, dass sie die Würde von Menschen mit Füßen treten und es für die meisten überhaupt keinen Ausweg aus dem Sozialhilfebezug gibt. Mit so viel fehlender Lern- und Korrekturbereitschaft habe ich wirklich nicht gerechnet.

2. Welche grundlegenden Mängel sehen Sie bei Hartz IV - oder welche positiven Resultate nehmen Sie wahr?

Ich anerkenne, dass das Sozialstaatsversprechen weiter gültig ist. Tatsächlich gibt es eine Grundsicherung in Bezug auf das Existenzminimum und das Wohnen. Die vielfach absolut unsinnigen Auflagen und die damit verbundenen Schikanen lassen dies jedoch als Gnadentat erscheinen, für deren Erhalt die Betroffenen faktisch sogar eine Einschränkung ihrer Grundrechte hinnehmen müssen. Das betrifft, um nur die schlimmsten Punkte zu nennen, zum einen die geographische Bewegungsfreiheit, zum anderen die Bildungs- und Lebenschancen von Kindern. Eine wesentliche Grundlage dieser im Kern verfehlten Politik ist die Vollbeschäftigungslüge.

3. Halten Sie die Hartz IV für reformierbar? Welche Veränderungen halten Sie für sinnvoll bzw. machbar?

Es ist alles reformierbar. Allerdings kann ich in der Regierungskoalition keine Zeichen eines positiven Umdenkens erkennen. Deshalb fürchte ich „Reformen“. Wenn sie nach dem selben Strickmuster wie in den letzten 15 Jahren verlaufen, wird es schon bald heißen „Um den Sozialstaat zu retten, müssen die Bedingungen für den Erhalt des ALG II weiter verschärft werden“. Die in der Koalition angedachte Ausweitung der Zuverdienstmöglichkeiten kann zwar die wirtschaftliche Lage der betroffenen Haushalte verbessern. Dies wird dann allerdings einhergehen mit einer Ausweitung des Niedriglohnsektors und seine dauerhafte Subventionierung durch den Fiskus. Das ist ein wesentlich schwerwiegenderer Sozialmissbrauch als wenn ein ALG-II-Bezieher schwarz hinzuverdienen würde.

4. Wie bewerten Sie die aktuelle verfassungsrechtliche Prüfung der Regelleistungen? Was könnten die Konsequenzen sein?

Natürlich ist das ein Hoffungsstreifen am Horizont. Einerseits sind vom Bundesverfassungsgericht schon wiederholt politische Korrekturen eingefordert worden. Andererseits, wo die Politik keine wirkliche Einsicht zeigt, hat sie bisher immer wieder Wege gefunden, wie sie es bei kosmetischen oder geringfügigen Änderungen belassen kann. Meine eigentliche Hoffnung ist deshalb, dass das Urteil am 9. Februar nicht nur zu einer Anhebung der Regelsätze führt, sondern darüber hinaus unsere Argumente für eine vollständig andere Politik stärkt.

5. Wagen Sie einen Ausblick: Was folgt auf Hartz IV - Bürgerarbeit als „Workfare-Modell“? FDP-Bürgergeld? Oder bleibt alles in den nächsten Jahren "beim alten"?

Solange es kein grundsätzliches Umlenken in der Steuer- und Finanzpolitik gibt, wird im Wesentlichen alles beim Alten bleiben oder so oder so noch schlimmer kommen. Das Grundproblem ist ja, dass – nicht nur bei uns, sondern global – alles getan wird, um die Staaten durch Steuerentzug in die Verarmung zu treiben und ihnen jeglichen finanziellen Handlungsspielraum zu nehmen. Wenn dann noch Milliarden in fragwürdige Bankenrettungsprogramme gesteckt werden, bleibt den Staaten, wie jetzt im Falle Griechenlands, nur eine drastische Sparpolitik, die fast immer an den falschen Stellen ansetzt. Da spielt es dann gar keine Rolle, ob die Menschen bei den Wahlen links oder rechts gewählt haben, denn leere Staatskassen führen immer zu einer „rechten“ oder neoliberalen Politik. Vor allem die sich zum Richter über die Ausgabenpolitik der Mitgliedsländer aufschwingende EU hat hierbei einen fragwürdigen Part.

6. Sehen Sie mögliche Übergangspfade von Hartz IV zum bedingungslosen Grundeinkommen - wenn ja, welche?

Natürlich gibt es solche möglichen Übergangsschritte. Zum Beispiel durch Einführung eines elternunabhängigen Kindergrundeinkommens, eines elternunabhängigen BAföG sowie einer Mindestrente. Auf diese Punkte sollten wohl auch wir uns konzentrieren.

Die Hauptproblematik ist allerdings, dass unser gegenwärtiges Sozialversicherungssystem an allen Stellen erodiert, sowohl hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung, die das Rentensystem bedroht, als auch wegen des kontinuierlichen Abbaus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und der Zunahme der Minijobs. Es passiert ja nicht grundlos, dass innenpolitisch seit Jahren am heftigsten über die Rente und die Gesundheitssicherung gestritten wird. Meines Erachtens müssen wir in beiden Bereichen zu einer vollständigen Steuerfinanzierung kommen. Dann wird es u.a. auch wieder mehr Jobs geben, die neue Werte schaffen, Löhne, für die es sich zu arbeiten lohnt, und Handlungsspielräume, die für Schritte zum Grundeinkommen genutzt werden können. Das alles bedingt eine vollständige Umstellung des Sozialsystems, die nur im Rahmen der bereits oben angemahnten Steuer- und Finanzpolitik erfolgen kann. Um es auf den Punkt zu bringen: um das bezahlen zu können muss von der wirtschaftlichen Wertschöpfung deutlich mehr in den Staatskassen ankommen. Da ein Grundeinkommen nicht vom Himmel fallen wird, wäre die Bewegung gut beraten, sich – unabhängig von den Modellpräferenzen – stärker in die oben genannten Debatten einzubringen.